

II-2646 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 13361J

1981 -07- 06

A N F R A G E

der Abgeordneten PETER, DVW.JOSSECK
an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Herabsetzung der Mindestschülerzahl für die Abhaltung
bezahlter evangelischer Religionsstunden

Verschiedenen Informationen der evangelischen Religionslehrer der Diözese
Oberösterreich ist zu entnehmen, daß angesichts der sinkenden Schüler-
zahlen die Abhaltung des evangelischen Religionsunterrichtes künftighin
mit großen Schwierigkeiten für Schüler und Lehrer verbunden sein wird.

Gemäß § 7a Abs.2 des Religionsunterrichtsgesetzes von 1949 i.d.g.F. unter-
richten die evangelischen Religionslehrer mit einer bezahlten Wochenstunde
ab fünf Kindern (mit 2 bezahlten Wochenstunden ab zehn Kindern), die oft
aus verschiedenen Klassen oder sogar Schulen zusammengezogen werden müssen.

Da neben ohnehin allgemein sinkenden Schülerzahlen und den bereits bestehenden
großen organisatorischen Schwierigkeiten der evangelischen Religionslehrer
Bestrebungen im Gange sind, die Schülerzahlen der Klassen weiter zu senken,
wird der Religionsunterricht der Evangelischen als Minderheit in Österreich
sicherlich weiter erschwert werden.

Die evangelischen Religionslehrer schlagen aus den obangeführten Gründen
vor, die Mindestschülerzahl für eine bezahlte Religionsstunde von derzeit
fünf Schülern auf drei (bzw. für zwei bezahlte Stunden von zehn auch sechs)
herabzusetzen.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für Unterricht und Kunst die

A n f r a g e :

1. Besteht angesichts der oben ausgeführten Probleme die Möglichkeit, die Mindestschülerzahl für eine bezahlte Religionsstunde von derzeit fünf Schülern auf drei (bzw. für zwei bezahlte Stunden von zehn auf sechs) herabzusetzen?
2. Welche andere Maßnahmen könnten Sie sich außerdem vorstellen, um eine Erleichterung für die evangelischen Religionslehrer herbeizuführen?
3. Zu welchem ehestmöglichen Zeitpunkt glauben Sie, daß eine entsprechende Erleichterung für die betroffenen Schüler und Lehrer möglich sein wird?